

30./9. 1914.

Drohender Konflikt zwischen der deutschen Militärverwaltung und der Stadtverwaltung von Brüssel.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 29. September.

Einen zwischen der deutschen Militärverwaltung und der Bevölkerung der Stadt Brüssel drohenden Konflikt kündigt der Brüsseler Korrespondent des „Lokalanzeiger“ an. Er berichtete am 25. d.:

„Wie heute der Militärgouverneur von Brüssel, Freiherr v. Lüttich, durch öffentlichen Anschlag bekanntgibt, weigert sich die Stadt Brüssel, den

Rest ihrer Kriegskontribution zu zahlen. Dadurch ist natürlich ein sehr gespanntes Verhältnis geschaffen, bei dem aber nicht vergessen werden darf, daß die Weigerung der Brüsseler Stadtverwaltung, weiter Kriegskontribution zu zahlen, vielleicht zum größeren Teil dem Unvermögen, zum kleineren dem bösen Willen entspringt. Vielleicht hat Brüssel tatsächlich kein Geld mehr. Ein seit Jahrzehnten hier lebender Finanzmann gab mir die Versicherung, mit den belgischen Finanzen ließe es so, daß man von einem drohenden finanziellen Zusammenbruch reden könne. Wie sich die Bevölkerung der Hauptstadt verhalten wird, wenn dies wirklich Tatsache wird und der Konflikt zwischen der deutschen Militärverwaltung und der belgischen Stadtverwaltung ausbricht, muß man abwarten.“

Brüssel, 29. September.

Das Schöffengericht teilt der Bevölkerung durch Mauerausschlag mit, daß es während der Abwesenheit des Bürgermeisters Max die Geschäfte fortführt und für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgt. Es schließt daran die dringende Mahnung, Ruhe zu bewahren.

Der Sonntag ist vollkommen ruhig verlaufen.